Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 32.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen u. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mk.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 383. **Dienstag 31. Juli 1906.** **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die diesjährigen Kaisermanöver finden in der Gegend von Jauer statt, in dem Gelände, in dem am 26. August 1813 die Schlacht an der Katzbach geschlagen wurde. — Am 20. August wird der Kaiser auf dem sogenannten Großen Sand bei Mainz eine Truppenschau abhalten und darauf den Schießübungen des Fußartillerieregiments Nr. 3 auf der Wahner Heide beiwohnen.

* Die deutsche Uebungsflotte bleibt in den norwegischen Häfen bis zum 3. August (Geburtstag König Haakons). (S. Dtschs. R.)

* Gestern ist auf der Reichswerft in Wilhelmshaven die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.

* Graf Witte äußerte sich in interessanter Weise über die Krisis in Rußland zu einem Vertreter des „Daily Telegraph", wobei er einen durchaus liberalen Standpunkt vertrat. (S. Ausl.)

Italiens Glanz.

(Von unserem Römischen Korrespondenten.)

Die Anerkennungen des Glückes und der Größe, die Italien aus Anlaß der Fortschritte seiner innerpolitischen Gesetzgebung und namentlich der Konversion seiner Schulden so sehr reichlich gesendet worden sind, waren sicherlich nicht unverdient. Nun, da sie in der internationalen Presse wegen des mangelnden ostentativ-aktuellen Anlasses aufgehört haben, da auch der Zauber der Luzzatti-Depesche unseres sogar auf diplomatischem Felde mehr als liebenswürdigen Reichskanzlers zu verblassen beginnt, melden sich die Leute von der anderen Denkweise zum Wort. Hier, in Italien selbst, tun sie's sehr nachdrücklich. Zugleich erweist sich, daß es keineswegs, wie der Schatzminister Majorana urbi et orbi versichert hat, eitel Patriotismus war, der die Italiener verführt hat, bei der Konversion der Staatsschuld so passiv zu bleiben, sondern daß sie vielmehr einer ihnen mit unleugbar großem Geschick und mit noch größerer Rücksichtslosigkeit von der Regierung und den Banken bereiteten Verlegenheit sich gefügt haben: die Bischöfe gehen damit um, die Staatskasse zu verklagen, weil die zum Ersatz der Säkularisation der Kirchengüter ihnen gegebenen ursprünglich fünfprozentigen Staatsschuldscheine einer Konversion überhaupt nicht unterzogen werden dürften; die Offiziere sind mißmutig, weil ihnen nicht zureichend Zeit gelassen worden ist, über die anderweite Anlage ihrer den handbesgemäßen Haushalt garantierenden Depositen irgendwie im geringsten zu verfügen; die sonstigen Besitzer der konvertierten Papiere suchen sie jetzt in ansehnlichem Umfange börsenmäßig abzustoßen. Erheblicher ist aber noch, weil für die Solidität der Grundlage des Finanzwesens kennzeichnender, ein starkes Drängen der Kommunen, die zum weitaus größten Teile in den elendesten finanziellen Verhältnissen leben und nun unter allen möglichen Formen die zu ersparenden Zinsen zu ihren Gunsten nahezu erbetteln, als Minimum aber die Ermäßigung des ihrerseits an die Staatskasse für Darlehen zu zahlenden Zinsfußes von 4,15 Prozent (!!) auf 3,75 und später 3,5 Prozent, d. h. auf den nunmehr für den Staat gegenüber seinen Gläubigern gültigen Zinsfuß, wünschen.

Frommer Wunsch wird hierbei noch sehr, sehr geraume Weile bleiben. Denn zwischen dem Glanze der italienischen Staatsfinanzen und der konstanten, auch für dieses Rechnungsjahr auf etwa 45 Millionen Lire zu veranschlagenden Ueberschüsse und zwischen dem Stande der öffentlichen Einrichtungen in Italien besteht ein arges, auch für den Finanzpolitiker höchst gewichtiges Mißverhältnis. An Bedürfnissen zur Geldausgabe mangelt es also nicht nur nicht, sondern die Bedürfnisse sind so zahlreich und zum Teil so dringlich, daß die verfügbaren Gelder zu ihrer notdürftigsten Befriedigung lange nicht zureichen. Im Dezember 1905 hat der hier gewiß vertrauenswerte derzeitige Schatzminister, damalige Finanzminister, Majorana, gelegentlich der Vorlage eines nunmehr charakteristischerweise ganz beiseite gelegten Gesetzentwurfs einer Reform der lokalen Steuern, selbst bekannt: sämtliche öffentlichen Einrichtungen, ohne Ausnahme, sind unzulänglich dotiert; das Eisenbahn-, Schiffahrts-, Post-, Telegraphen- und Telephonwesen bedürfen aufs dringendste ansehnlicher Dotierungen, und für die nationale Verteidigung, die Landwirtschaft, jede Art der öffentlichen Arbeiten, den öffentlichen Unterricht, das Rechts- und Verwaltungswesen gibt es ungeheuerliche Lücken zu füllen. Man könnte hinzufügen, daß die jüngste Gesetzgebung zugunsten Süditaliens für absehbare Zeit nichts als ein papierner Wert ist, so daß auch Süditalien im ganzen und im einzelnen ein die nationale Wohlfahrt Italiens schwer drückendes Problem nach wie vor bleibt. Umsomehr, als die von Sonnino gegebene Anregung, die Wurzel der meisten und schädlichsten aller italienischen Uebel, das Analphabetentum, durch die Uebernahme des Elementarschulwesens auf Staatsrechnung auszuheben, nicht befolgt worden ist und vorläufig kaum befolgt werden wird.

Wer angesichts der in Mailand gebotenen glänzenden Proben der industriellen Leistungsfähigkeit des neuen Italiens, sowie der in derselben Richtung zeugenden großen Zahlen des amtlichen statistischen Jahrbuches ein Urteil über Italien fällen wollte, würde und müßte irren. Denn neben dem in der Tat raschen und nicht unsoliden industriellen Fortschritte, trotz eines direkten und indirekten Schutzzollwesens, das sich des öfteren in recht bedenklichen Maßnahmen äußert: neben diesem industriellen Fortschritte steht eine Stagnation des für Italien vorwiegend bedeutsamen landwirtschaftlichen Betriebes und seiner Faktoren und ein nur eben merklicher intellektueller und soziologischer Aufschwung.

Die Stagnation auf dem Lande liegt dermaßen zutage, daß selbst in der allernächsten Nähe Roms, der Reichshauptstadt, die Art der Ackerbestellung und das Leben der Landleute mittelalterlich ist, wie Jahrhunderte zuvor. Hier wie anderweit ist die Schuld bei den Großgrundbesitzern zu suchen, die lieber mit einem geringeren Ertrage des Bodens vorlieb nehmen, als daß sie in planvoller Weise eine rationale Bewirtschaftung unter Einsatz ihrer eigenen Kraft unternehmen oder unternehmen lassen.

Dieser Widerstand gegen den Fortschritt, der doch auch vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkte aus schädlich sein müßte, erklärt sich bei den Großgrundbesitzern teils aus persönlicher Trägheit und unzulänglicher Berufsbildung, teils und vornehmlich aus einer Standestendenz, die den Abstand zwischen Reich und Arm so groß wie möglich erhalten will, gleichsam als den Abstand zwischen Herren und Sklaven. An vielen Orten aber hat bereits eine Bewegung eingesetzt, die wegen des unter solchem Verhalten der Besitzer naturgemäß stetig wachsenden Elends der Landbevölkerung, sei es gewaltsam, sei es mit Hilfe der Gerichte, dazu gelangen dürfte, daß eine parzellenweise Vergebung der Territorien zu Bebauungszwecken seitens der Besitzer gegen Pachtzins oder als amortisierbarer Besitz stattfindet. Daß der neue Modus mit der Kleinlichkeit der Verhältnisse, die ihm eignet, einen Betriebsfortschritt ohne weiteres mit sich bringt oder volkswirtschaftlich sehr bald in die Wagschale fallen wird, ist kaum anzunehmen. Im übrigen zeigt der unter der Last der Staatssteuern geschehene Ruin der kleineren Gutsbesitzer von Mittel- und Süditalien, die dann ihr Heil in der Auswanderung suchen, wo der Hebel zur Besserung noch anzusetzen ist; die italienischen Gesetzgeber haben ein leichtes Erzielen glänzender Finanzen, wenn ihre Kataster- und Steuerbeamten die Devise haben: nach uns die Sündflut!

Es gibt Leute in Italien und anderswo, die in der auf eine Million arbeitsfähiger Menschen binnen kurzem sich beziffernden jährlichen Auswanderung aus Italien ein Heil für das Land sehen. Nun kann man gewiß einräumen, daß das Wachstum der Bevölkerungsdichtigkeit in Italien von 99 auf 115 pro Quadratkilometer während der letzten zwanzig Jahre sehr ansehnlich und zureichend ist, und daß die Auswanderer für die Heimat aus mehreren Gründen kein durchaus verlorenes Kapital sind. In der Hauptsache aber ist doch zu berücksichtigen, daß die Leute nicht auswandern, weil ihre Arbeitskraft im Heimatlande erübrigt, sondern, trotzdem man der Arbeitskräfte aufs dringendste bedarf, und sehr viele Bezirke unkultiviert bleiben, die eine reiche Kultur gehabt haben und neuerdings durchaus verdienen.

Nicht achtlos darf man endlich an den häufigen Aeußerungen der sozialen Gegensätze in Italien vorübergehen, die alle Augenblicke gemeldet werden. Streiks sind hier und dort und fast stets irgendwo, in denen Wünsche zum Austrag kommen, die bei uns längst, längst erfüllt sind. Die Modalitäten der Streiks bekunden ausnahmslos, wie gering die Bildung der niederen und das moralische Gebaren der besitzenden Klassen ist, und wie wenig selbst eine in ihren Polizeiinstruktionen sehr vorsichtige Regierung in der Lage ist, die gewaltsamen Konflikte zu vermeiden und der meist ungemein rohen Vernichtung von Menschenleben und öffentlichen Werten Einhalt zu tun. Die Versuche politischer Generalstreiks haben trotz ihrer bisherigen geringen Bedeutung immerhin gezeigt, welche Tragweite der hiesigen Lage der sozialen Beziehungen eignet.

Die Proportional-Wahl.

I.

Unter der großen Menge von Rezepten, nach denen an unserem Reichstags-Wahlrecht herum kuriert werden soll, spielt auch die Verhältniswahl eine bedeutende Rolle. Voraussetzung aller solcher Heilmittel ist dabei, daß unser Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung ein krankes Organ des Reichskörpers darstelle. Ob zweifellos vorhandene Krankheitserscheinungen nicht vielmehr aus ungesunden Säften des gesamten Volks-Organismus ihren Ursprung herleiten, danach fragen die gelahrten Herren Wahlspezialisten nicht oder wollen nicht danach fragen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß für die Proportionalwahl — den Proporz, um eine wenig wohllautende, aber kurze und schon ziemlich eingebürgerte Wortform zu gebrauchen — schön klingende und bis zu einem gewissen Grade auch berechtigte Gründe geltend gemacht werden. „Der brutalen Tyrannei der Mehrheit soll ein Gegengewicht gesetzt werden"; „den hervorbringenden Unterströmungen, neuen Parteibildungen, soll der Eingang ins Parlament erleichtert werden." Wir wollen zunächst dahingestellt sein lassen, ob diese ewigen neuen Gruppenbildungs-Versuche neben den bestehenden Parteien und im Wettbewerb mit ihnen ein Ziel sind, aufs innigste zu wünschen; ebenso ob das Gegengewicht gegen brutale Majorisierung durch die verschiedenartige Zusammensetzung der einzelnen Wahlkreise nicht auf lange Zeit gesichert ist. Wir wollen lieber vorerst die wahrscheinlichen Ergebnisse einer Einführung der Verhältniswahl einmal rechnerisch festzustellen versuchen.

Es würden drei Arten der verhältnismäßigen Vertretung denkbar sein: Reichsproporz, Bezirksproporz und Kreisproporz, unter die sich alle möglichen Variationen leicht einordnen ließen. Wir meinen: Berechnung durch das ganze Reich, nach Regierungsbezirken (Kreishauptmannschaften) oder Minderheitsvertretung der einzelnen Wahlkreise.

Die Sozialdemokratie pflegt mit Vorliebe auf die erste Form hinzuweisen. Wohl erklärlich: sie rechnet dabei eine Verstärkung ihrer Mandate um etwa 50 Prozent heraus! Die bisland aufgemachten Statistiken leiden übrigens an erheblichen Unrichtigkeiten. Man hat ungeprüft die Wahlbeteiligung von 1903 zugrunde gelegt. Nun besteht aber doch kein Zweifel, daß große Wählermassen sich von der Wahl fern gehalten haben, weil sie entweder sagten: „unser Kreis ist ja doch sicher", oder: „in unserem Kreise hilft es ja doch nichts." Ziffernmäßig läßt sich das erste am leichtesten beweisen in den 70 unbedingt sicheren Zentrumskreisen, welche nur eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 68,2 Prozent zeigen, gegen 76,1 Prozent im Reiche oder vielmehr gegen 77,7 Prozent der übrigen 327 Kreise. Man muß also den Zentrumsstimmen von vornherein 9,5 Prozent zurechnen; abgesehen von der allgemeinen stärkeren Wahlbeteiligung bei der ersten Proportionalwahl, bei welcher sämtliche Parteien und auch die kleinsten Gruppen mit Volldampf agitieren würden. Es sind übrigens keineswegs ausschließlich ländliche Kreise gewesen, deren Wahleifer 1903 zu wünschen übrig gelassen hat: Frankfurt a. M. marschiert mit 55,9 Prozent an der neunzehnten Stelle und wird in Preußen nur von Glatz und Tondern an Wahlträgheit übertroffen! Und das in einem so zweifelhaften Kreise, daß die Entscheidung erst in der Stichwahl gefallen ist; während für die 67,9 Prozent von Berlin VI der sozialdemokratische Sieg mit 80 000 Stimmen gegen 31 000 als mildernder Umstand gelten darf.

Wenn wir also den 1 875 000 Zentrumsstimmen ein Siebentel hinzurechnen, also rund 275 000, so kommen wir auf folgende Ziffern: Konservative und Reichspartei 1 290 000; Antisemiten und Landbündler 475 000; Nationalliberale 1 320 000; Freisinnige usw. 875 000; Polen 350 000; Zentrum 2 150 000; Sozialdemokraten 3 010 000.

Wir müssen außerdem lassen, daß vielfach Konservative mit Antisemiten und auch mit Nationalliberalen zusammengegangen sind, ferner Nationalliberale mit Freisinnigen; da eine reinliche Scheidung dieser Stimmen ziffernmäßig doch nicht durchzuführen ist.

Wenn wir nun die rund 400 Abgeordneten auf rund 9 600 000 Wahlstimmen verteilen, so käme etwa auf 24 000 Wähler ein Vertreter. Denn würden erhalten haben: die Konservativen 53 statt 75; die Antisemiten usw. 20 — 20; die Nationalliberalen 55 statt 51; die Freisinnigen 36 statt 37; die Polen 15 statt 16; die Ultramontanen 89 statt 100; die Sozialdemokraten 125 statt 81. Der Rest entfiele auf die kleinen Gruppen (Welfen, Elsässer, Dänen).

Auch die stärkere Einbuße der Konservativen würde vermutlich durch stärkere Beteiligung in den sicheren Kreisen noch etwas abgeschwächt werden. Immerhin blieben für sie und das Zentrum ein erheblicher Verlust, für die Sozialdemokraten ein gewaltiger Gewinn, während die Liberalen schwerlich große Verbesserungen erwarten dürften.

Für den Bezirksproporz wollen wir als Musterbeispiel die Pfalz auswählen. Sachsen ist schon wegen der Kartellpolitik wenig geeignet.

Insgesamt sind 150 900 Stimmen abgegeben, also würde auf etwas über 25 000 einer der 6 Vertreter entfallen. Nun haben Stimmen erhalten:

die Nationalliberalen	43 400,
das Zentrum	45 300,
die Sozialdemokraten	37 600,
die Landbündler	16 500,
die freisinnige Volkspartei	9000.

Es müßten also doch wohl je 2 Vertreter den Nationalliberalen und dem Zentrum zugestanden werden, den Sozialdemokraten mindestens einer und vielleicht noch einer dem Landbund, während die Volkspartei ausgefallen sein würde, trotz relativer Mehrheit in Kaiserslautern. Ob das Gerechtigkeit wäre, die stärkste Partei eines Kreises (die Nationalliberalen hatten für Sartorius gestimmt), völlig auszuschließen? Zu bemerken ist auch, daß das Zentrum auf einmal 2 Mandate erlangt hätte, obwohl es bisher als Minderheitspartei sämtlicher Kreise noch niemals einen Vertreter in der Pfalz durchgesetzt hat.

Solche Unbilligkeiten würden sich häufen bei einem Kreisproporz. Natürlich könnten nicht die heutigen Wahlkreise beibehalten, und etwa jedem Mehrheitsabgeordneten ein Beauftragter der stärksten Minderheitspartei an die Seite gestellt werden; dann erlahmte nicht nur jeder Kampf um die Palme, sondern es müßte auch gleich ein neues Reichstagshaus gebaut werden: vielleicht zum Vorteil des künstlerischen Geschmackes, aber sicher zu großem Nachteil für die Reichskasse. Die Sache ließe sich bloß so denken, daß etwa je drei bisherige Kreise zu einem vereinigt würden. Dann erhielte die Partei mit absoluter Mehrheit zwei Abgeordnete, die stärkste Minderheitsgruppe einen; vielleicht mit der Beschränkung, daß auf sie mindestens ein Drittel der Stimmenzahl gefallen sein müßte, während einer Zweidrittel-Mehrheit alle 3 Abgeordneten zugebilligt würden. Falls nach diesen Grundsätzen Plätze übrig blieben, wären die Parteien nach ihrer Stärke zur Berücksichtigung heranzuziehen, welche über ein Sechstel der Stimmenzahl erhalten haben. Also würde beispielsweise nach einer Zusammenlegung der drei Kreise Danzig-Stadt, Danzig-Land und Elbing bei den 1903 abgegebenen 55 229 gültigen Stimmen die absolute Mehrheit 27 615, das Drittel 18 410, das Sechstel 9205 Stimmen betragen haben. Da nun in allen 3 Kreisen zusammen die Konservativen 17 421, die Sozialdemokraten 15 209, das Zentrum 10 166, die Freisinnigen 8731, die Polen 1835, die Nationalliberalen 1740 Stimmen aufgebracht haben, so hätte keine einzige Partei ein unbedingtes Anrecht auf eine Vertretung gewonnen; nach der Sechstelklausel aber würden Konservative, Sozialdemokraten und Zentrum mit je einem Abgeordneten ausgestattet werden, während die Freisinnigen ihr Mandat in der Stadt Danzig einbüßten und nur durch die Elbinger Nationalliberalen gerettet werden könnten. Die jetzt aber dreimal unterlegenen Sozialdemokraten gelangten auf alle Fälle zu einem Mandat. Hat nun aber wirklich eine Minderheitspartei aller drei Kreise ein größeres Recht als die Mehrheitspartei der politischen Einheit Danzig-Stadt?

Noch ein anderes Bedenken steht diesem Kreisproporz entgegen. Gesetzt, wir hätten 100 Wahlkreise und nur zwei Parteien, und es wären etwa die Liberalen in 60 Kreisen siegreich, aber nur in 10 Kreisen mit Zweidrittel-Majorität; dahingegen siegte die Rechte bloß in 40 Kreisen, aber darunter in 30 mit der erhöhten Mehrheit. Dann erhielten die Liberalen: $10 \times 3 + 50 \times 2 + 10 \times 1 = 140$ Sitze, die Konservativen: $30 \times 3 + 10 \times 2 + 30 \times 1 = 160$ Sitze. Die in der Mehrzahl der Kreise siegreiche Partei bliebe also im Reichstage in der Minderheit.

Auf die moralischen Bedenken gegen die Verhältniswahl werden wir in einem zweiten Artikel eingehen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 31. Juli.

* **Unser Flottenbesuch in Norwegen.** Der bis zum 1. August beabsichtigte Aufenthalt der aktiven Schlachtflotte in den norwegischen Häfen wird bis zum 3. August nachmittags verlängert. Anläßlich des Geburtstages des Königs von Norwegen am 3. August wird die aktive Schlachtflotte über Toppen flaggen und einen Salut von 21 Schuß feuern. Nachmittags geben die Verbände zu gemeinsamen Uebungen in See. Anschließend daran tritt die Flotte am 4. August ihren Marsch nach der Helgoländer Bucht an.

* **Ein Italiener über Italiens deutschfeindliche Politik.** Professor Sacerdote, Berliner Korrespondent der „Gazzetta del Popolo" schreibt: Die Deutschen haben nicht ganz unrecht, wenn sie der italienischen Politik seit dem Kongresse von Algeciras nicht recht trauen, unter anderem auch hinter dem abessinischen Vertrage einen gegen Deutschland gerichteten Schachzug im Bunde mit Frankreich und England wittern. Denn die Unbeständigkeit, ja fast der Leichtsinn der italienischen Politik, namentlich die Wahl des als französisches Werkzeug geltenden Visconti Venosta zum Vertreter Italiens in Algeciras haben Deutschlands Vertrauen erschüttert.

* **Kommt König Eduard?** Das alte Spiel beginnt von neuem. „Daily Graphic" will wissen, daß eine Begegnung des Kaisers und des Königs von England am 16. August in Friedrichshof bei Hamburg stattfinde.

* **Major von Fischer.** Zur Verhaftung des Majors von Fischer von der Schutztruppe erfährt der „Berl. L.-A.": Das wegen Verdachts der Bestechung eingeleitete Verfahren wird bald zum Abschluß gelangt sein. Es dürfte jedoch kaum Beweise einer strafbaren Handlung bringen, um so weniger, als bereits feststeht, daß eine materielle Schädigung des Fiskus nicht vorliegt. Es handelt sich lediglich darum, daß Major von Fischer von einem Teilhaber der Firma Tippelskirch bedeutende Darlehen angenommen hat, zu deren Zurückzahlung er kaum in der Lage sein dürfte. Mit seiner Stellung als Offizier und besonders als Vorstand des Bekleidungsamtes der Schutztruppe war diese Handlungsweise nicht zu vereinbaren. Die Veranlassung zur Einleitung einer Untersuchung hat eine Anzeige gegeben. Die Verhaftung des Beschuldigten mußte erfolgen, um jede Verschleierung zu vermeiden. — Demgegenüber wird den „B. L." von einer Seite, die mit den Verhältnissen vertraut ist, mitgeteilt, daß Major von Fischer in zwei Fällen Amtsvergehen schwerer Art sich habe zuschulden kommen lassen. Es handele sich in dem einen Falle um eine Liquidation über Kosten für eine Dienstreise von Berlin nach Hamburg. Der zweite Fall betrifft die Fälschung eines Aktenstücks über die Gebührnisse eines Schutztruppenarztes. Die Angabe, daß Major von Fischer sich in großer Geldverlegenheit befunden habe, wird von zuverlässiger Seite mit dem Bemerken bestätigt, daß dies amtlich bekannt war und daß von Fischer von der Behörde mit ganz außerordentlich hohen Extrarenumerationen und Unterstützungen bedacht worden sei, obwohl er schon seit Jahren ein festes Einkommen von jährlich 8000 ℳ hatte. — Der Major von Fischer à la suite der Schutztruppe für Ostafrika und beim Oberkommando der Schutztruppe, Vorstand der Bekleidungsabteilung, der nach dem „Lokalanzeiger" wegen Verdachts der Bestechung in Untersuchung gezogen und in Untersuchungshaft genommen sein soll, ist in Reichstagskreisen eine bekannte Persönlichkeit gewesen und hat während der Beratungen des Kolonialetats den Sitzungen der Budgetkommission beigewohnt, auch daselbst bisweilen das Wort ergriffen. Er hat schon als Hauptmann dem Oberkommando der Schutztruppen angehört und ist vor einiger Zeit zum Major avanciert. — Zum Fall des Majors Fischer meldet der „Hannoversche Courier" aus bewährter Quelle, daß man auf Grund von besten Informationen versichert, daß sofort nach Einlauf der Denunziation von maßgebender, höchster Stelle die Anweisung ergangen ist, rücksichtslos durchzugreifen. Die Untersuchung wird vom Kriegsgerichtsrat Soelle von der Gardedivision geführt. Inwieweit das Verhältnis des Staates zur Firma Tippelskirch einer Revision zu unterziehen sein wird, läßt sich für den Augenblick noch nicht absehen. Sollten sich Momente ergeben, die zur strafrechtlichen Verfolgung des Majors führen, so wird selbstverständlich auch der Lieferungsvertrag zwischen dem Staat und der Firma Tippelskirch geprüft, weil dann eine Uebervorteilung des Staates feststeht.

* **Professor Meldenhauer über die Wahl in Hagen.** Der unterlegene Kandidat der Nationalliberalen im Reichstagswahlkreise Hagen, Professor Meldenhauer, bespricht in einem Leitartikel der „Köln. Zeit." die Ursachen des nationalliberalen Mißerfolges. Es heißt dort:

„Ich darf und kann nicht anders sagen, als daß das Verhalten der nationalliberalen Fraktionen in der Schulunterhaltungsgesetzfrage und in der Finanzreform den Hauptanteil an der Niederlage in Hagen-Schwelm trägt. Von Anfang der Versammlungen an mit sich steigender Heftigkeit, als erst die Gegner ihre treffliche Position völlig auszunutzen begannen, ist der Vorwurf erhoben worden, die nationalliberale Partei sei ja nur Regierungspartei und wage überhaupt keine Opposition mehr zu machen, und dieser Vorwurf kam nicht nur von den Gegnern, die ihn gegen die ganze Partei erhoben, sondern auch aus unsern Reihen, die sich gegen die Fraktionen wandten. Alle Versuche, in klaren, überzeugenden Auseinandersetzungen zu beweisen, daß die taktischen Verhältnisse zu der Kompromißpolitik führen mußten, und daß ja an der Finanzreform nicht nur die nationalliberalen Abgeordneten, sondern auch das Zentrum beteiligt gewesen sei, waren vergeblich bei dem Mißmut und der Unzufriedenheit, die sich der Massen bemächtigt hatte. Das Zentrum hatte es vortrefflich verstanden, sich im Reichstag bei den unangenehmsten Steuergesetzen zurückzuhalten, und die anderen Parteien konnten nun mit vollem Erfolge ihre Opposition, die den Massen mehr und mehr Achtung einflößte, gegen uns ausbeuten. Ich konnte keinen größeren Beifall finden, als wenn ich auf die schweren Fehler hinwies, die hier unzweifelhaft gemacht worden sind, und davon sprach, daß ein liberaler Mann unbedingt dagegen seine Stimme erheben müsse. Es ist unzweifelhaft, daß der Zuwachs der freisinnigen Stimmen aus den nationalliberalen Reihen kommt. Die Hauptschuld an dem bösen Niedergang unserer Stimmen ist also keine lokale gewesen, sondern liegt in dem Mißmut gegen die Schul- und Finanzreformpolitik der nationalliberalen Fraktionen. Ich habe gerade über die Schulfrage viel mit den Volksschullehrern, die sonst durch ihren großen Einfluß unsere besten Stützen auf dem Lande waren, gesprochen; sie drückten mir persönlich ihre Zustimmung aus, aber sie versagten der Partei. Es ist unsere Pflicht, den Dingen, wie sie sind, offen ins Auge zu sehen und hier nichts zu verschönern. Der Heißhunger nach einer entschiedeneren, liberalen Politik, wie er in Eisenach gekennzeichnet wurde, ist nicht gestillt und wird immer stärker werden."

Genau unser Standpunkt!

* **Dänischer Kandidat Hanssen.** Das „Berl. Tagebl." schreibt über den lästigen dänischen Vertreter des Kreises Hadersleben: Der „Heimdal" des Abgeordneten Hanssen war das erste nordschleswigsche Blatt, das eine Annäherung zwischen Dänemark und Deutschland befürwortete. Im ganzen und großen hat „Heimdal" im Gegensatz zu „Flensborg Avis" seitdem diese Politik gefördert. Die Wahl Hanssens, die mit einer Zweidrittelmehrheit gesichert ist, bedeutet eine Stärkung der Linken des Reichstages. Der neue Vertrauensmann der Dänenpartei wird sich an die liberalen Parteien anlehnen. Hanssen ist 1862 in Norbermühle bei Sonderburg geboren. Er hat einen großen Teil seiner Ausbildungszeit in Kopenhagen verlebt. Nach seiner Rückkehr nach Nordschleswig erwarb er das Apenrader Blatt „Heimdal", das er zum bedeutendsten Nordschleswigs nächst

SLUB
Wir führen Wissen.